

Datum: 21.04.2022
Telefon: 0 233-40591
Telefax: 0 233-989 40591
Frau
@muenchen.de

Anlage 6

Sozialreferat
Stelle für interkulturelle Arbeit
S-III-L/IK

Gesamtplan IV

Soziale Wohnraumversorgung – Wohnungslosenhilfe – Wohnen statt Unterbringen
Fortschreibung des Münchner Gesamtplan III

Fortschreibung des Gesamtplans: Soziale Wohnraumversorgung - Wohnungslosenhilfe – Wohnen statt Unterbringen

Antrag Nr. 20-26 / A 01203 der Stadtratsfraktionen
DIE GRÜNEN/ROSA LISTE und SPD/Volt
vom 18.03.2021

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V

Beschluss des Sozialausschusses vom 29.09.2022 (VB) Öffentliche Sitzung

An das Amt für Wohnen und Migration, S-III-L

Zu der oben genannten Beschlussvorlage nimmt das Sozialreferat, Stelle für interkulturelle Arbeit wie folgt Stellung:

Die Stelle für interkulturelle Arbeit würdigt die komplexe Darstellung der Auswirkungen des fehlenden -bezahlbaren - Wohnraums in München auf unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen und die Darstellung der zum Teil seit vielen Jahren bereits praktizierten Handlungsoptionen, um diese abzumildern. Von besonderer Relevanz sind die Planung dauerhaften Wohnraums und zielgruppenspezifischer Wohnformen sowie die Weiterentwicklungen präventiver Maßnahmen zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit. Ebenso aber auch die Weiterentwicklung des Beratungs- und Unterstützungsangebots sowie der Ausbau spezifischer Unterbringungen und Wohnformen in Unterkünften.

Unterbringungssysteme sind per se auf eine kurze, für alle überschaubare Zeitspanne ausgerichtet. Dies ist vor allem im Bereich der Geflüchteten und EU-Zuwander*innen aus Staaten, die das europäische Fürsorgeabkommen nicht ratifiziert haben, nicht gegeben. Als Übergang gedachte Unterbringungen wurden zum Wohnen auf Dauer. Integrationserfolge hängen jedoch in hohem Maße von den Bedingungen in den Bereichen Wohnen und Gesundheitsversorgung ab. Die derzeitigen Standards und fehlende Unterbringungsformen für vulnerable Bewohner*innen in Sofortunterbringungen/Notquartieren und dezentralen Unterkünften für Geflüchtete führen zu verstärkten Problemlagen für die Bewohner*innen, unter den Bewohner*innen und vielfach auch mit der Nachbarschaft. Daraus resultierende Beratungs- und Unterstützungsbedarfe für verschiedene, insbesondere vulnerable Gruppen, könnten bei einem Standard mit abgeschlossenen Wohneinheiten reduziert werden. Während der Pandemie wurde nochmals vehement deutlich, vor welchen Herausforderungen vor allem das Gesundheitsreferat und das Sozialreferat aufgrund der Wohnsituation in Unterkünften

stehen. Wir verweisen an dieser Stelle auch auf die Empfehlungen an die Münchner Politik aus der Tagung „Brennglas Corona: Folgen für die Integration in München“ des „Arbeitskreises interkulturelle Arbeit München“ im Oktober 2021. U.a. sprachen sich die Teilnehmenden deutlich für eine Standarderhöhung in Unterkünften aus.

Die Landeshauptstadt München fördert mit vielen eigenen Maßnahmen und Maßnahmen freier Träger die „Integration von Anfang an“, insbesondere im Bildungs- und Ausbildungsbereich. Die Wohnsituation der Teilnehmenden aus Unterkünften mit unzureichenden Standards verringert auch hier oftmals die mögliche Effektivität der Maßnahmen.

Wir zeichnen diese Beschlussvorlage mit.

Wir bitten, diese Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Gez.